

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 30.

Charlottenburg, Freitag, den 29. Juli 1921.

48. Jahrg.

## Weltmarktgetreidepreis — Weltmarktlohn.

Der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, Genosse Georg Schmidt, schreibt zur bevorstehenden Erhöhung der Getreidepreise und damit der Erhöhung des Brotpreises:

Durch das sogenannte Umlageverfahren sollen im neuen Erntejahr 2½ Millionen Tonnen Getreide, einschließlich Hafer oder Gerste, erfasst werden. Der versorgungsberechtigte Teil der Bevölkerung, der gezwungen ist, Brotarten zu beziehen, um sich mit Brot zu versorgen, bedarf einer Menge von etwa 4½ Millionen Tonnen Brotgetreide. Bis zum 25. Mai 1921 wurde bei der bisherigen öffentlichen Bewirtschaftung der Inlandsgetreideernte abgeliefert: 2 600 000 Tonnen Brotgetreide (Roggen oder Weizen), 583 000 Tonnen Gerste und 355 000 Tonnen Hafer, zusammen 3 538 000 Tonnen an ablieferungspflichtigem Getreide. Der Ernährungsminister Hermes hatte 3½ Millionen Tonnen gefordert, der Reichsrat hatte das Ablieferungssoll im Gesetzentwurf auf 3 Millionen Tonnen festgesetzt und im Reichstag hat die bürgerliche Mehrheit das Ablieferungssoll nochmals herabgesetzt, so daß nur 2,5 Millionen Tonnen durch Umlage zu erfassen sind.

Das Umlageverfahren ist aber durch Beschlüsse des Reichstages derartig mit Klauseln versehen worden, daß es vielen Landwirten leicht möglich ist, sich von der Ablieferung zu drücken. Ganz mit Recht haben 280 Landräte, die während der Beratungen im Reichstag über die Neugestaltung der Getreidebewirtschaftung in Berlin versammelt waren, einstimmig das Urteil gefällt, es sei unmöglich, nun kurz vor der Ernte dieses neue Verfahren überhaupt durchzuführen.

Die sozialdemokratischen Parteien hatten die Beibehaltung der bisherigen Bewirtschaftung gefordert. Da dieser Antrag abgelehnt wurde, forderten die sozialdemokratischen Parteien, das Ablieferungssoll im Umlageverfahren auf 4½ Millionen Tonnen zu erhöhen. Auch dieser Antrag wie ebenso andere Verbesserungsanträge wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Mit Hilfe der Deutschnationalen, die ständig mit aller Entschiedenheit die freie Wirtschaft verlangten, wurde in der dritten Lesung das Umlageverfahren, nach dem nur 2½ Millionen Tonnen zu erfassen sind, beschlossen. Es ist dabei zu beachten, daß die Landwirte nicht nur Weizen und Roggen, das eigentliche Brotgetreide, abliefern sollen, sondern auch Gerste oder Hafer abliefern können. Das Umlageverfahren ist weiter nichts als eine Kulisse, um die nun tatsächlich eintretende freie Wirtschaft zu verdecken. Die gegenwärtigen Bestrebungen der Landbünde laufen ja auch darauf hinaus, nun recht schnell die freie Wirtschaft einzuführen. Haben doch die bürgerlichen Parteien im Reichstag sofort, nachdem das Umlageverfahren beschlossen war, den Antrag angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit alsbald der freie Verkehr für Brotgetreide, Gerste und Hafer inländischer Ernte eingeführt wird. Bei den bürgerlichen Parteien waren nur politische und taktische Beweggründe ausschlaggebend, daß zum Schluß die Deutschnationalen für das Umlageverfahren stimmten, das sie, wie gesagt, bis zuletzt entschieden bekämpft haben. Man befürchtete, daß Minister Hermes bei Ablehnung der Vorlage die Konsequenzen ziehen und dann ein mehr links gerichteter Mann Ernährungsminister würde, obwohl innerhalb der sozialistischen Parteien diese Frage in den Vorberatungen gar nicht erörtert wurde und auch für ihre Abstimmung nicht entscheidend war.

Die Arbeiterschaft wie überhaupt die breite Masse des Volkes muß sich nun leider damit abfinden, daß für das Getreide und damit für das Brot selbst die Marktlage entscheidend wird für die Preisbestimmung. Aus dem Lande laufen ständig Anträge ein, worin

gegen die Erhöhung des Brotpreises protestiert wird. Es ist aber nun nicht mehr möglich, den Brotpreis künstlich niedrig zu halten. Die vom Reiche zur Verfügung gestellten Mittel zur Verbilligung des Brotpreises durch Einfuhr von ausländischem Getreide sind bedeutend herabgesetzt und daher nicht mehr ausreichend. Außerdem ist auch folgendes zu beachten: Alles Getreide, das über das Ablieferungssoll hinaus abgeliefert wird, kommt in den freien Handel. Man kann der breiten Masse des Volkes nicht zumuten, das in Qualität schlechte Brot, das aus Umlagegetreide hergestellt wird und auf Brotarten zu beziehen ist, zu konsumieren, während die Besitzenden sich gutes Brot und noch dazu Kuchen und Viehl kaufen können, soviel sie wollen. Das beschlossene Umlageverfahren wird schnell zusammenbrechen, und wenn man konsequent sein will, müßten wir alle dazu beitragen, daß diese kostspielige Bewirtschaftung des Umlagegetreides so schnell wie möglich verschwindet. Man löse die Reichsgetreidestelle recht bald auf und die Regierung soll die Mittel, die bisher für die Bewirtschaftung des Getreides aufgewendet wurden, dazu verwenden, um aus dem Auslande dafür Getreide einzukaufen, um mit diesem Auslandsgetreide im freien Verkehr verbilligend zu wirken. Es ist doch nicht nur die Reichsgetreidestelle, die große Kosten verursacht, sondern in jedem Landratsamt, ja, in jeder Gemeinde sind Personen beschäftigt bei der Getreidebewirtschaftung und der Brotartenverteilung. Allein die Herstellung der Brotarten kostet erhebliche Summen. Man muß diesen harten Tatsachen fest ins Auge blicken und der breiten Masse des Volkes sagen, daß ihr Verlangen, nun den Brotpreis künstlich niedrig zu halten, leider nicht mehr erfüllt werden kann. Die bürgerlichen Parteien wollen die freie Bewirtschaftung des Getreides und das Volk hat sich bei diesen Parteien nun dafür zu bedanken, daß recht bald eine erhebliche Verteuerung des Brotes und der sonst aus Mehl hergestellten Nahrungsmittel erfolgt.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat, unterstützt von den sozialdemokratischen Parteien, alles getan, um diese Verteuerung des notwendigsten Nahrungsmittels zu verhindern. Seine Mahnungen wurden aber nicht beachtet. Nun gilt es, aus dieser Haltung der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages die Konsequenzen zu ziehen. Die bürgerlichen Parteien wollen die Weltmarktpreise, demnach sind nunmehr Weltmarktlohne zu fordern.

Notgedrungen hat sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf diesen Standpunkt gestellt und dies ist auch die Meinung der Arbeitnehmervertreter aller Richtungen in der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Die Unternehmervertreter haben bei jeder Gelegenheit dafür gestimmt, daß auch die Landwirtschaft sich frei betätigen kann und haben dabei immer betont, daß dann auch die Löhne den Produktpreisen, besonders dem Getreidepreis entsprechend zu gestalten sind. Das Getreide nimmt im Warenverkehr in der freien Wirtschaft keine Ausnahmestellung mehr ein und es muß deshalb das Bestreben der Lohn- und Gehaltsempfänger darauf gerichtet sein, trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse eine entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhung zu erzielen. Das Reiz, die Länder und die Gemeinden müssen für ihre Beamten und ferner für die Kriegsbeschädigten und Sinterbliebenen, Kleinrentner usw. dementsprechend ebenfalls die Konsequenzen ziehen. Es mag nicht angenehm sein, derartige Wahrheiten auszusprechen, aber es ist dies notwendig, um das Volk vor Illusionen zu bewahren, daß es jetzt noch möglich sei, den Brotpreis künstlich niedrig zu halten.

Die natürliche Forderung ist ferner die, jede Erschwerung der Einfuhr von Auslandsgetreide sowie sonstiger Nahrungs- und

Futtermittel aus dem Auslande zu bekämpfen, dagegen jede Ausfuhr dieser Produkte zu verhindern. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, daß für die Landwirte wieder die Copinizeit kommt. Dann kommt für die Vertreter der breiten Masse des Volkes die Zeit, um eine vernunftgemäße Wirtschaftsordnung herbeizuführen, wie die Ernährung des Volkes durch die Produktion im Inlande sichergestellt wird.

G. G. Schmidt.

### Verlängerung der Arbeitszeit.

Ein Urteil des Oberlandesgerichts Königsberg i. Pr., wonach ein Arbeitgeber, der gegen die Verordnung vom 23. November 1918, betreffend den Achtlundentag, verstoßen, verurteilt wurde, wird in der „Keramischen Rundschau“, Nr. 25 d. J., von einem Herrn Justiz einer kritischen Würdigung unterzogen. Diese Kritik, die offenbar von Unternehmerinteressen der keramischen Industrie beeinflusst ist, verrät uns zwar nichts Neues, zeigt uns aber immer von neuem, wie brünstig man auf jener Seite auf eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit über die Dauer von acht Stunden hinaus wartet.

Das Oberlandesgericht begründet seine Entscheidung u. a. mit folgenden Ausführungen:

„Der achtlündige Arbeitstag bezweckt den Schutz der Arbeiter gegen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft; deshalb ist er als soziale Schutzvorschrift grundsätzlich zwingendes Recht auch für die in Betracht kommenden Arbeiter. Diese sollen nicht nur vor einer Ausbeutung durch ihre Arbeitgeber geschützt werden, sondern zu ihrem eigenen Vorteile und zugunsten der allgemeinen Volksgesundheit auch vor einer Ausbeutung durch sich selbst. Wenn der Gesetzgeber von der Festlegung der Arbeitszeit in bestimmten Fällen Ausnahmen zuläßt, so folgt daraus mit Notwendigkeit, daß in allen übrigen Fällen — auch mit Zustimmung der Arbeitnehmer — von der Schutzvorschrift nicht abgewichen werden darf. Ob das grundsätzliche Verbot von der Leistung von Ueberstunden zweckmäßig ist oder nicht, kann nicht in Betracht kommen, da hierüber allein der Gesetzgeber zu entscheiden hat. Die Verordnung vom 23. November 1918 besteht zu Recht; für die Nichtbeachtung ihrer Vorschriften ist nicht der Arbeitnehmer, der freiwillig Ueberstunden leistet, sondern der Arbeitgeber, der sie zuläßt, strafbar.“

Die Arbeiter haben gewiß keinen Anlaß, der heutigen Rechtsprechung ein besonderes Loblied zu singen, aber das vorbezeichnete Urteil des Königsberger Oberlandesgerichts, müssen auch wir anerkennen als der Rechtslage entsprechend, wie sie durch die Verordnung vom 23. November 1918 geschaffen ist. Der Kritiker in der „Keramischen Rundschau“ stellt aber die Frage auf, ob es nicht dem gesunden Menschenverstande widerspricht, daß der Arbeitgeber bestraft wird, wenn der Arbeiter freiwillig Ueberstunden leistet, wenn auch im Einverständnis mit ersterem. Das glauben wir gern, daß es mancher Arbeitgeber so haben möchte, daß die Arbeiter Ueberstunden leisten nach der Klappe. Solange sie dabei nicht erfaßt bzw. deswegen nicht angezeigt werden, stecken die betreffenden Unternehmer den damit erzielten Extraprofit ein. Kommt es aber einmal zur Anzeige, dann wäscht der Arbeitgeber seine Hände in Unschuld und der Arbeiter ist das Karmel, das für die Folgen aufzukommen hat. Wie die „freiwillige“ Leistung von Ueberstunden, im Lichte des Tages gesehen, sich ausnimmt, brauchen wir nicht erst näher auszumalen. Es mag gewiß vorkommen, daß kurzfristige und verblende Arbeiter ganz gern einige Ueberstunden leisten würden, wenn sie die Gelegenheit dazu fänden. Jedoch können solche Arbeiter, die keine Rücksichtnahme auf die eigene Gesundheit, auf die eigene Familie, noch viel weniger auf die Interessen der Allgemeinheit und der allgemeinen Volksgesundheit kennen, in keiner Weise maßgebend und von irgendwelcher Bedeutung sein. Sind wir nicht erst von der langen Arbeitszeit (12—14 stündigen) so nach und nach zum Achtlundentag gekommen? Bei jeder Verkürzung der Arbeitszeit ging das Jammer im Unternehmerlager los, daß die deutsche Industrie zugrunde gerichtet würde, daß sie mit dem Auslande nicht mehr konkurrieren könne u. dergl. mehr. Diese „offen Kameilen“ bringt auch der Kritiker in der „Keramischen Rundschau“ wieder, indem er sagt, die deutsche Wirtschaft könne nur gedeihen, wenn wir wieder zu einer längeren Arbeitszeit kommen; das soll die Meinung aller „einflussreichen“ Volkswirtschaftler sein, die „über den politischen Parteien stehen“. Durch eine verlängerte Arbeitszeit werden die Arbeiter besser ausgenutzt“ und die „Herstellungskosten herabgemindert“. Wenn es sich um eine bessere Ausnutzung der Arbeiter handelte, ließe sich eine solche auf anderem Wege erzielen. Womit werden aber die Herstellungskosten vermindert? Erhöht die Porzellan- oder Stängelfabrik, die eine längere Arbeitszeit hat, etwa die Kohlen, Kohlstoffe, Frachtkosten und so weiter? O nein! Die Arbeiterlöhne lassen sich bei einer längeren Arbeitszeit herabdrücken, indem der Arbeiter bei der längeren Arbeitszeit keinen höheren Verdienst als vorher bei der

kurzen Arbeitszeit erzielen könnte. Bei dieser Manipulation wäre aber nicht die Herabsetzung der Herstellungskosten, sondern das Profitinteresse des Unternehmers das primäre Moment. Vielleicht als die Herstellungskosten der industriellen Erzeugnisse würde dabei die Gesundheit, die Lebensdauer, die ganze Lebenshaltung des Arbeiters und seiner Familie herabgesetzt. Der Kritiker in der „Keramischen Rundschau“ glossiert das Oberlandesgerichtsurteil mit den Worten: Fiat justitia et pereat mundus (Gerechtigkeit werde geübt und sollte die Welt darüber zugrunde gehen!) Wir meinen, daß infolge dieses Urteiles kein einziger Unternehmer, viel weniger noch die deutsche Industrie oder gar die Welt zugrunde geht. Die „Mehrarbeit“, die wir brauchen, von der der Kritiker spricht, soll geleistet werden von denen, die heute zur Untätigkeit verdammt sind. Die einsichtigen Volkswirtschaftler, ganz gleich, ob sie über oder unter den politischen Parteien stehen, sofern sie wirklich volkswirtschaftliche und nicht nur einseitige Unternehmerinteressen vertreten wollen, werden sehr bald einsehen, daß die Massen Erwerbsloser nicht dadurch in den Produktionsprozeß einbezogen werden können, daß die tägliche Arbeitszeit über acht Stunden hinaus verlängert wird. Das deutsche Wirtschaftsleben ist nicht infolge des Achtlundentages, sondern aus ganz anderen Ursachen krank.

Unseren Kollegen können wir an der Hand dieses Falles wiederum nur zurufen: Die tägliche Arbeitszeit von acht Stunden darf auch nicht um eine Minute freiwillig verlängert werden. Die vom Tage verbleibenden 16 Stunden sollen der Erholung und dem Schlaf dienen. Der Selbsterhaltungstrieb gebietet dem Arbeiter mit zwingender Notwendigkeit, mit seinem kostbarsten Gute, seiner Arbeitskraft, so häuslicherisch als nur möglich umzugehen. Wer acht Stunden am Tage intensiv gearbeitet, hat seine Pflicht voll erfüllt und bedarf der Ruhe und der Erholung, um für das neue Tagewerk gerüstet zu sein.

### Wirtschaftspolitische Rundschau.

Erleichterung im Abschluß von Handelsverträgen. — Schweizer Zolltarif. — Französische Praktiken. — Handelsverkehr nach dem Osten. — Russische Konzeptionspolitik.

Der internationale Handelsverkehr kommt immer mehr unter den Druck der unterschiedlichen Valuta in den einzelnen Ländern. Deutschland, der bedeutendste Industriestaat mit minderwertiger Valuta, wird von den anderen Ländern durch zollpolitische Maßnahmen hart bekämpft. Mit dem 1. Juli ist der erhöhte Schweizer Zolltarif in Kraft getreten. Die Hoffnung, daß die Schweiz die Einfuhrsperr für einige Waren, für die besonders Deutschland als Ursprungsland in Frage kommt, aufheben würde, hat sich nicht erfüllt. Trotz der hohen Tarife, besonders für solche Waren, für die Deutschland interessiert ist, bleibt die Einfuhrsperr bestehen. Man wird zugestehen müssen, daß die Schweiz sich in einer üblen Lage befindet, denn die Wirtschaftskrise hat hier an Schärfe fortgesetzt zugenommen, so daß die Arbeitslosigkeit sich zu einer Höhe entwickelt hat, die bisher in diesem Umfang nie in die Erscheinung getreten ist. Der Zolltarif wird wohl kaum eine Milderung der Krise herbeiführen, denn die Wirkung wird zunächst die sein, daß die Preisaufwärtsbewegung in der Schweiz erheblich zunimmt und nicht zuletzt sind durch erhöhte Schutzzölle davon auch die Lebensmittel betroffen.

Die Handelsvertragspolitik mit Deutschland ist dadurch ins Stocken geraten, da die Grundlage der Verhandlung auch für Deutschland eine unsichere ist. Die Schweiz beansprucht für Waren, die in Deutschland hergestellt werden können, und die zum Teil unter das Luxusgewerbe fallen, Erleichterungen in der Einfuhr nach Deutschland, während von unserem wirtschaftspolitischen Interessenstandpunkt aus die Einfuhr solcher Waren zurückgehalten werden muß.

Die gleichen Schwierigkeiten tauchen gegen Spanien und Italien auf. Beide Länder sind interessiert an einer erhöhten Einfuhr von Wein und Südfrüchten. Auf diesem Gebiet Konzeptionen zu machen, erscheint vom Standpunkt der deutschen Regierung recht bedenklich, denn wir würden unsere Zahlungsbilanz belasten mit einer Ausgabe für nicht notwendige Genussartikel und die heimische Produktion schädigen, soweit sie in Konkurrenz steht mit den genannten Erzeugnissen. Spanien hat die Meistbegünstigung mit Deutschland so gut wie aufgelöst, indem es gegen uns einen sogenannten Vorrangzuschlag fordert. Dazu kommt der unheilvolle Zustand mit Frankreich. Auch die französische Industrie drängt, wie das Beispiel im besetzten Gebiet ergibt, auf die Einfuhr von Luxusartikeln, und nicht zuletzt wird bevorzugt die Einfuhr von Wein, Likören und Spirituosen. Alles Gegenstände, die wir vom Standpunkt unserer Handelsinteressen nicht gebrauchen können und uns nur eine Erleichterung der übernommenen Reparationspflichten auferlegen.

Bemerkenswert ist, daß nach einer Darlegung des französischen Finanzministers Doumer sein Finanzprogramm sich in vielem angleicht dem, was die deutsche Regierung auf dem Gebiete der Steuerpolitik plant. Der französische Finanzminister wendet sich gegen die weitere Inflation und kommt auf steuerpolitischem Gebiet zu einer Erhöhung der Umsatzsteuer und der Zölle. Allerdings äußert er zu gleicher Zeit Bedenken gegen eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer, weil diese bisher nur die Hälfte der in Umsatz gebrachten finanziellen Ergebnisse aufweist. Mit der Erhöhung der Zollsätze sieht es so aus, daß bei dem schon hochgeschraubten Tarif ein weiteres Hinaufsetzen den auswärtigen Handel Frankreichs sehr erschweren muß. Deutschland, das für die Handelsbeziehungen keine untergeordnete Rolle spielt, muß seit dem 1. April einen um 300 Proz. erhöhten Tarif bezahlen. Dazu kommt aber noch eine besondere Erhöhung der Zollsätze gegen die Länder mit minderwertiger Valuta, die heute schon das Dreifache des Zolltarifs enthält. Aus dieser Steigerung der besonderen Zuschläge beabsichtigt nun der Finanzminister abermals einen Mehrertrag von 1 Milliarde Francs herauszuholen. Durch diese Zollpolitik, die sich auch gegen Belgien, die Schweiz und Spanien, wenn auch nicht in der schroffen Form wie gegen Deutschland richtet, ist Frankreich bereits mit diesen Ländern in Differenzen geraten. Spanien hat kurzerhand die Meistbegünstigung gekündigt.

Stellen sich somit unserem Handelsverkehr nach dem Westen sehr erhebliche Hindernisse entgegen, so sind die Aussichten nach dem Osten immer noch gering. Es entwickelt sich wohl ein Handelsverkehr mit Rußland, der jedoch einen verhältnismäßig geringen Umfang aufweist. Es wird zwar behauptet, daß an einigen Plätzen größere Mengen von Flach, Hanf und Fellen zum Export bereitliegen, aber diese Bestände bedeuten doch für den Gesamt-handel herzlich wenig. Die Abwicklung des Geschäfts mit Rußland stößt sehr erheblich, weil die finanziellen Verhandlungen bei Geschäftsabschlüssen auf einer sehr unsicheren Grundlage sich bewegen.

Auf dem Kongreß der russischen Wirtschaftsräte hat Tomow's sehr interessante Einzelheiten bekanntgegeben über die bisherigen Erfolge der Bemühungen der russischen Regierung, Konzessionen auf die Ausbeute einiger Naturschätze zu gewähren. Die Angebote der deutschen Firmen auf Erwerbung der Kohlenkonzession sollen nach der Darlegung Tomow's unannehmbar sein. Für die Magnet-eisenkonzession im Gouvernement Koursk liegen eine Reihe von Angeboten vor, die angeblich Aussichten auf einen Abschluß bieten. Für die Ausbeute des Waldreichtums haben sich englische und kanadische Firmen interessiert. Eine französische Firma beabsichtigt, zwei Automobilfabriken zu pachten. Ebenso ist die Verpachtung einer Woslawer Kugellagerfabrik beabsichtigt. Danach erweitert die Sowjetregierung ihren Plan, indem sie nicht nur die natürlichen Reichtümer den Kapitalisten zur Ausbeute anbietet, sondern auch dazu übergeht, industrielle Unternehmungen zu offerieren. Die russische Regierung ist in diese Situation nicht freiwillig hineingegangen, sondern durch den Zusammenbruch der Industrie und damit auch ihres wirtschaftspolitischen Systems gezwungen worden, diesem nicht gerade kommunistisch gerichteten Plan nachzugehen. Im Gegensatz zu den sehr hochfliegenden kommunistischen Plänen mußte Tomow's ferner zum Ausdruck bringen, daß wohl anzunehmen sei, daß die ausländischen Konzessionäre die Arbeiter besser bezahlen würden als die gegenwärtigen staatlichen Unternehmungen. Man beabsichtigt deshalb, wenn die Konzessionäre für die Arbeiter Lebensmittel aus dem Ausland einführen, diese Unternehmer zu verpflichten, einen Anteil auch an die übrigen Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Zum Schluß bestätigt der Bericht noch einmal das bisher recht dürftige Ergebnis der Bemühungen, im größeren Umfange Konzessionen abzuschließen.

Besser entwickelt sich der Handelsverkehr zu den Ostseestaaten, nur ist hier die Ausnahmefähigkeit verhältnismäßig gering. Die finanzielle Schwäche dieser Staaten gestattet nicht, entsprechend dem Bedarf die Warenzufuhr zu gestalten.

Nach Polen sind die Aussichten für einen geordneten Handelsverkehr durch die politisch gespannte Lage leider sehr gestört. Das Interesse Deutschlands wie Polens müßte darauf gerichtet sein, diesen Handelsverkehr zu pflegen — Polen ist gegenwärtig sicherlich sehr auf die deutsche Wirthilfe angewiesen. In hiesigen Handelskreisen besteht deshalb auch allgemein der Wunsch, mit Polen zu einer Verständigung zu kommen, um unsere Handelsbeziehungen zu fördern. Hoffentlich erreichen wir bald einen Abschluß der unleidlichen Verhältnisse in Oberschlesien und ebnen damit den Weg für ein handelspolitisches Abkommen.

Diese handelspolitische Erschwerung bedeutet für Deutschland eine sehr ernste Gefahr für seine weitere wirtschaftliche Entwicklung, und mehr oder weniger ist davon abhängig, ob wir in der Lage sind, die uns auferlegten Reparationslasten zu tragen. Gält man Deutschland durch starre Protektionszölle vom Auslandsmarkt

fern, so wird es unmöglich, unseren Außenhandel so zu steigern, daß wir die Werte hereinbekommen, die zum Ausgleich unserer Wirtschaft und auch zur Erfüllung der genannten Verpflichtungen notwendig sind. Welche politischen Folgen dann eintreten müssen, wenn wir abermals in die Unmöglichkeit veretzt werden, unsere Zusage zu erfüllen, ist unübersehbar. Ob Einsicht und ruhige Ueberlegung im Auslande und in Deutschland uns vor einer neuen Katastrophe retten wird, ist schwer zu sagen, nur wenige Anzeichen deuten darauf hin, daß man mit einer verständigen sachgemäßen Würdigung unserer Gesamtlage rechnen kann.

### Das Existenzminimum im Juni 1921.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Juni 1921 infolge des Mangels an Kartoffeln und Gemüse wesentlich höher als in drei Vormonaten und auch etwas höher als im Juni 1920. Billiger als im Juni 1920 waren vor allem Hülsenfrüchte, Fette, Schuhwerk und Kleider, teurer vor allem Kartoffeln, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 11mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine 13mal soviel, Bisketts 15mal soviel, Milch und Zucker 17mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Juni 1914 bis Juni 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. In den fünf Wochen vom 30. Mai bis zum 3. Juli wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Juni 1921 Pf.	Preis Juni 1914 Pf.
9500 Gramm Brot . . . . .	2500	234
525 " Nahrungsmittel . . . . .	240	28
1875 " Zucker . . . . .	1500	86
Zusammen	4240	346

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 42,40 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 3,46 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 6400 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200—6400 = 4800 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 22 Mk., für eine Frau auf 43 Mk., für einen Mann auf 55 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Juni 1914 für ein Kind 1,49 Mk., für eine Frau 3,29 Mk., für einen Mann 4,15 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier daher für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

	Preis Juni 1921 Pf.	Preis Juni 1914 Pf.
Rationierte Nahrungsmittel . . . . .	848	69
250 Gramm Roggenmehl . . . . .	200	7
250 " Hafersflocken . . . . .	145	13
125 " Speisebohnen . . . . .	54	5
1750 " Kartoffeln . . . . .	280	12
125 " Margarine . . . . .	260	20
1 Liter Milch . . . . .	400	23
Zus. für ein 6—10jähr. Kind	2187	149
250 Gramm Graupen . . . . .	160	10
125 " Speisebohnen . . . . .	54	5
250 " Erbsen . . . . .	128	11
1250 " Gemüse . . . . .	300	18
250 " Büchsenfleisch . . . . .	390	58
125 " Speck . . . . .	425	20
500 " Salzheringe . . . . .	175	28
125 " Margarine . . . . .	260	20
250 " Margarine . . . . .	225	15
Zus. für eine Frau	4304	320
500 Gramm Reis . . . . .	360	22
250 " Speisebohnen . . . . .	108	11
125 " Speck . . . . .	425	20
250 " Salzheringe . . . . .	88	13
125 " Margarine . . . . .	250	20
Zus. für einen Mann	5545	415

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Be-

Leuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 17,60 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 7,50 Mk. (0,75 Mk.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 27 Mk. (2,50 Mk.), Frau 18 Mk. (1,65 Mk.), Kind 9 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche-reinigung, Jahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	Mk.	Mk.	Mk.
Ernährung . . . . .	55	98	142
Wohnung . . . . .	9	9	9
Heizung, Beleuchtung . .	25	25	25
Bekleidung . . . . .	27	45	63
Sonstiges . . . . .	36	54	72
<b>Juni 1921 . . . . .</b>	<b>152</b>	<b>231</b>	<b>311</b>
<b>Mai 1921 . . . . .</b>	<b>149</b>	<b>209</b>	<b>285</b>
<b>Juni 1920 . . . . .</b>	<b>147</b>	<b>217</b>	<b>304</b>
<b>August 1913 Juli 1914 .</b>	<b>16,75</b>	<b>22,30</b>	<b>28,80</b>

(Für die einzelnen Monate seit Januar 1920 vergl. mein Buch: „Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 12.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Juni 1921 für einen alleinstehenden Mann 25 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 38 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 52 Mk. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7900 Mk., für das kinderlose Ehepaar 12 000 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 200 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Juni 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 152 Mk., d. h. auf das 9,08fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 231 Mk., d. h. auf das 10,4fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 311 Mk., d. h. auf das 10,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 10 Pf. wert.

## Brief aus dem Urlaub.

Ein kritischer Rückblick.

Liebe Verbandskollegen!

Die „Arbeitsaktion“ aller echten Staatsbürger ist vorbei . . . Der abgeklärte Herr Bureaubeamte reist auf vier Wochen zu den ländlichen Verwandten, der Herr Fabrikant erholt sich — dringend notwendig! — in Marienbad oder Italien, Gevatter Spießbürger urlaubt mit Kind und Kegel, wo's recht billig ist, und selbst der Porzellaner vermisst auf 1 bis 3 Wochen seine „Ameise“; wandert, seinem Geldbeutel entsprechend, in die Umgegend, bastelt im Gärtchen und freut sich einmal sonnigen Nichtstuns. Dem allem nach eifern ausgiebiger Parlamente, Gerichte, Theater und — Zahlstellenversammlungen der Gewerkschaften. Bitte: mit halb ärgerlichem, halb verständnisvollem Auge konstatiert der getreue Vorlesende den dünnen Versuch der Sommermonate. Es hilft aber nichts . . . Allmütiger Natur lockt mit ihrer „Ursymphonie“ die Staubfleder und Terpentinvögel erneut in ihr uraltes, immer wieder frischbelebendes Reich. — — —

Aus achtstündigem Alltag der Quetsche bin ich in ein liebes, verträumtes Raif pommerischer Art geüchelt. Heute regnet's ver-teufelt. Aber die Landpost bringt Abwechslung. Sapperment: Fräulein Zuber, der pflichttreue Unterkassierer, hat mir die „Ameise“ nachgeschickt. Ich klettere nach oben, ins Giebelzimmerchen und durchblättere das „Verbandsorgan der Porzellanarbeiter“ . . . Solange, bis die Dämmerung wieder einmal unmerklich zum Grubeln verführt. Man schaut hinaus in die von der Abendsonne rot-golden beleuchtete Dachsitzge. Allein, die Gedanken sind fixer, sie eilen weiter, weiter zurück zum mitternächlichen Alltag, zu den Männern und Weibern und Frauen, die unentwegt weiter im Lebenskampf stehen. Sie keine Wanderungen genießen können, die eine Reise . . . Und jetzt, Verbandskollegen, da offenbart sich der Begriff „Proletariat“ — Gewerkschaft zu einem Kollektivbegriff . . . der Menschen. So aufzufassen etwa, wie Käthe Schollwitz, die schärfste Kunstininterpretin des Proletariats, uns in ihren ergreifenden Reden den Arbeiterkampf darstellt.

Und so überdenkt man einmal das Verbandsleben des Winters an sich. Man entsinnt sich der unausgesprochenen Versammlungen, dieses und jenes Referenten, der immer Eindrücke hinterließ, dieses und jenes Partei- und Ansichtenintermezzo.

Es ist seltsam. Bei all dem Erinnern spielt sich mir wissenschaftlich ein Notizzettelchen in die Hand mit journalistischen Stichworten. Oben steht eilig geschrieben: „Tragische Vergeßlichkeit“ Und darunter etwa folgendes:

„Wilhelm II. und die Sozialistenverfolgungen. — Praktische Beachtung den wirklichen Erfolgen der Revolution. — Darf es eine Führer-rivalität geben? — Verständnislose Gleichgültigkeit vieler Mitkollegen. — Die Beseitigung Rapps und die Bedeutung von neun Millionen Gewerkschaftlern: eine erfreuliche Quintessenz. — Schlechte Taktik der Kommunisten usw.“

„Romisches Durcheinander?“ werdet Ihr vielleicht fragen. Allein — diese zwanglosen Stichworte haben's in sich, sie „stecken“ den empfänglichen Leser wirklich und — — darum dieser Brief aus dem Urlaub. Dieser Ferienbrief, der doch beabsichtigt, auch der Wahrheit zu dienen, denn — die „Dinge“ haben sich schon wieder einmal verrutscht.

Das Kapital triumphiert mehr denn je! Und nun halten wir dem einmal den Begriff des Stichwortes „Tragische Vergeßlichkeit“ vieler Proletarier entgegen. Ich erinnere nur an das leidige Kapitel unseres Versammlungsbesuchs, dem jüngst in der „Ameise“ ein Leitartikel gewidmet war. Gewiß, eine gesunde Extreme dazu gibt's bei den Angehörigen der drei sozialistischen Gruppen innerhalb der Gewerkschaften; jenen echten, alten Gewerkschaftstypen, deren Wissen danach lechzt, mit vereinten Kräften zu marschieren, auszubauen, zu festigen und unermüdet einzustehen für Ueberzeugung und — Pflicht! Pflicht, ein Wortlein mit oft recht unbequemen Konsequenzen, die aber nun einmal in unserer unvollkommenen Welt nicht weggeschwindeln sind. Und da ist einer der größten dieser unbequemen Pflichtkonsequenzen die Umwandlung der Vergeßlichkeit zur Regsamkeit. Ich meine auch jene Vergeßlichkeit, die alte Narben und Schmerzen nicht mehr fühlt und sieht, die den forschen Diefel Monarchismus und seinen Untertanentatichismus vergessen hat, die seine Wühlarbeit nicht bemerkt, die sich mit dogmatischen Kleinigkeiten müde plagt und Goethes Faustworte: „Mensch sein heißt Kämpfer sein!“ zu paradoxer Lächerlichkeit herabzieht. Ja, jene Vergeßlichkeit ist vielfach — unbewußt — so blind, daß sie in ihrem Starrkopf, mit rechthaberischem Eigensinn sich an doktrinaire Winzigkeiten klammert, ohne die Taktik großzügigen, das allgemeine Ziel erstrebenden Handelns überhaupt zu erwäh-nen. Das liebe „Ich“ hat Recht, und mög' die Debatte stundenlang nutzlos hin und her gleiten. —

Und dann die liebe Selbstachtung und die Achtung vor der Ueberzeugung des „Gegners“. Bedingt sie nicht eigentlich weiter nichts als gegenseitiges kluges Ausglätten der härtesten Kontraste? (Ich spreche immer von den drei sozialistischen Gruppen.) Wieder muß ich zu diesen Sätzen die Werbetrommel für unsere Verbandsbüchereien rühren. Rollgen, die Ihr es „quatschig“ findet, sich hinzusetzen und einmal ein Buch zu lesen, probiert die Chose. Best nur einmal des alten Bebel Lebenserinnerungen, fühlt einmal nach, was es heißt, in eisernem Fleiß sich eigene Bildung anzueignen, um später mit eindringlichen Worten und Beweisen dem Unternehmertum im Kampf um Brot und Wahrheit gegenüberzu-stehen. — —

Weiter. Die Geschichte von der Rivalität der Führer mög' hier nicht unerwähnt bleiben. Heinrich Ströbel konstatierte jüngst offenerherzig diesen Giftbazillus im Körper der Massen, als er die Einigung zwischen S. P. D. und U. S. P. D. betonte und jene „Rivalität“ der Führer als einen wichtigen Grund der Nichtverschmelzung bezeichnete.

Darf es so etwas geben? Nein, nimmermehr! Wir mitarbeitenden Kollegen im Verbandsleben, die wir die furchtbare Verantwortung eines Arbeiterführers nicht tragen, wir haben das Recht und die Pflicht und den Glauben, uns im kleinen Betriebe des Gewerkschaftslebens (Verwaltung, Zahlstelle, Kartell, Agitationskommission) selbst zusammenzufinden, über taule Parteidogmen hinaus, um von unten herauf jenen rivalen den Ehrgeizpleen herauszutreiben. —

Warum bin ich mit U. S. P. und S. P. D.-Genossen gut ausgekommen? Wir haben uns sachlich und ruhig unterhalten und — wenn einmal das Parteidogma seine Geminnisse ausgoß, bekante jeder schlicht: „Es fehlt mir dazu — — der Glaube!“

Ich entsinne mich gern jenes kommunistischen Bruder Schwabes von der Berliner Universität, der unseren Diskurs sein lächelnd mit den Worten schloß: „Aufopfernde, gute Charaktere sollen und werden uns doch führen, damit wir — ob früh, ob spät dort hinkommen, wo Recht und Frieden wohnt!“

Er hat recht, der Kerl. „Gut sein ist alles!“ schrieb einmal ein frühverstorbenen Arbeiterpoet. Mög' jenes Lebenswort nicht nur für uns Gewerkschaftler gelten, mög' es uns allen im Proletariat ein Leitmotiv sein, damit es nicht mehr drei Arbeiterparteien, sondern eine große Einheit gäbe! G. R.-m.

## Aus unserem Beruf.

**Berlin.** Die Schildermeister stehen mit ihren Arbeitgebern in zentralen Lohnverhandlungen, die aber nicht vom Fleck kommen. Es gewinnt den Anschein, als ob die Arbeitgeber Zeit gewinnen wollten, um inzwischen Arbeitskräfte von außerhalb heranziehen zu können. Aus diesem Grunde müssen wir dringend ersuchen, jeden Zuzug von Schildermeistern nach Berlin fernzuhalten, solange die Lohnverhandlungen nicht zu einem uns befriedigenden Ergebnis geführt haben.

**Eberfeld.** Der Streik im Emailierwerk Schulze & Behrman ist abgebrochen worden durch drohende Ausperrung sämtlicher Metallarbeiter des Wuppertals. Beachtenswert sei für eventuell künftige Streiks folgende traurige Tatsache: Wir mußten bei der Wiederaufnahme der Arbeit erfahren, daß es dem Chef sehr leicht war, den Streik durchzuhalten. Es wurden seine ganzen Aufträge, vor allem die Kommissionsarbeiten, von Konkurrenzfirmen ausgeführt, und so, wenn auch unbewußt, von den betreffenden Kollegen Streikarbeit geleistet. Es müssen künftig Wege gefunden werden, dieses zu unterbinden. Vor allem müssen die Augen aufgehalten werden, wenn irgendwo ein Streik in der Branche ausgebrochen ist.

Allen Zahlstellen, die uns in diesem, wenn auch erfolglosen Kampfe unterstützten, nochmals besten Dank. Ebenso sei unserem Gauleiter Zahn, Bonn, für seinen bewiesenen Eifer nochmals der Dank aller Eberfelder Kollegen ausgesprochen.

**Schw.-Gmünd.** Die Maler bei der Firma Deusch & Co. befinden sich seit 18. Juli im Ausstand. Nachdem die Firma es ablehnte, mit einer Arbeiterkommission über die eingereichten Forderungen zu verhandeln, legten die Maler die Arbeit nieder, bis die Firma sich zu Verhandlungen bereit findet. Zuzug von Malern nach Schw.-Gmünd ist fernzuhalten.

**Zusammenschluß in der Porzellanindustrie auf technisch-wissenschaftlichem Gebiete.** Die Erkenntnis, daß unsere Zeit ganz neue Anforderungen an die Produktion stellt, hat seither viele Industriellen veranlaßt, sich durch Fusion oder Interessengemeinschaften zu vereinigen, um dadurch eine bessere Ausnutzung der Werke und eine geeignete Arbeitssteigerung zu ermöglichen. Die der Bank für Thüringen, vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft in Meiningen, naheliegenden Unternehmungen in der Porzellanindustrie, nämlich die Porzellanfabrik Kahla, Porzellanfabrik Hermsdorf, Porzellanfabrik Freiberg (Sachsen), Zwickauer Porzellanfabrik, Porzellanfabrik Königszelt (Schlesien), Porzellanfabrik Lorenz Hartmannreuther, Selb (Bayern), Porzellanfabrik Paul Müller, Selb, Porzellanfabrik Schönwald (Oberfranken), Porzellanfabrik Arzberg (Oberfranken), Porzellanfabrik E. & A. Müller, Schönwald, Porzellanfabrik Gebr. Bauscher, Weiden (Oberpfalz), Porzellanfabrik zu Kloster Weilsdorf und die Porzellanfabrik Rauenstein, vorm. Fr. Ehr. Greiner & Söhne, Rauenstein (Thüringen), haben sich unter Führung der genannten Bank zu einer Forschungsgesellschaft vereinigter Porzellanfabriken m. b. H. zusammengeschlossen. Die Gesellschaft soll auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet fern von kaufmännischen Aufgaben die keramischen, Feuerungs- und maschinentechnischen Fragen, ferner die zweckmäßige Bauweise der Fabriken und geologische Ziele für Rohstoffgewinnung bearbeiten. Durch diesen Zusammenschluß wird erstrebt, jedes der Werke einer schöpferischen rationalen Arbeit zuzuführen und die besten Methoden für die Zweige der Porzellanfabrikation zu erreichen. Auf dem Gebiete der Feuerungstechnik sind insbesondere große Aufgaben in der Zukunft zu lösen. Die Kohle, einer der wichtigsten Rohstoffe für die keramische Branche, muß sparsamer verbraucht werden. Hier eröffnet sich für die neue Forschungsgesellschaft ein weites Betätigungsfeld, das bedeutende Mittel erfordert, eine Aufgabe, die von einem einzelnen Werk nicht gelöst werden kann. — Als Sitz der Gesellschaft ist Meiningen bestimmt worden.

Zur Geschäftslage im Juni wird dem „Reichsarbeitsblatt“ aus Industriellentreifen mitgeteilt:

„In der keramischen Industrie ist die Verschlechterung der Beschäftigungslage gegenüber dem Vormonat nicht so stark wie in der Glasindustrie, doch leidet auch sie — sowohl was das Inland, wie besonders was das Auslandsgeschäft angeht — mehr und mehr unter den Auswirkungen der Zwangsmaßnahmen der Entente-Länder. Abgesehen von dem immer noch herrschenden Mangel an Qualitätskohle, ist die Kohlenversorgung durch den österreichischen Aufstand teilweise sehr beeinträchtigt worden; eine Reihe von schlesischen Porzellanfabriken und Ton- und Steinzeugwerken mußte aus diesem Grunde die Betriebe stilllegen oder die Arbeitszeit verkürzen, auch Arbeiterentlassungen größeren Umfangs sind bereits erfolgt. Aus einem Teil der thüringischen und oberfränkischen Porzellanindustrie wird eine leichte Besserung der Beschäftigungslage berichtet. Das Auslandsgeschäft der im übrigen leidlich be-

schäftigten Porzellan- und Steingutgeschirrinindustrie hat durch die Zollerhöhungen des Auslandes, besonders Frankreichs, schwer gelitten; auf dem französischen Markt ist der deutsche Wettbewerb fast völlig ausgeschaltet. Auch nach Belgien und England bestehen keine Absatzmöglichkeiten; in Italien gegen den tschechoslowakischen Wettbewerb kein Aufkommen möglich und aus der Schweiz und Skandinavien laufen nur spärliche Aufträge ein. Nordamerikanische Abnehmer haben im verflossenen Monat große, nach Süddeutschland erteilte Aufträge sistiert. Lediglich der holländische Markt scheint noch aufnahmefähig zu sein. Aus Süddeutschland wird berichtet, daß der zunehmende Fremdenverkehr seit einiger Zeit eine gewisse Belebung des Inlandsgeschäftes gebracht habe. Für die Porzellanindustrie ist ein weiterer Rückgang des Versandes und Auftragsbestandes festzustellen. Die elektrotechnische Porzellanherstellenden Betriebe leiden nach wie vor stark unter Auftragsmangel. Auch wiederholte Preisermäßigungen haben den Absatz nicht beleben können. Im allgemeinen ist die Arbeitszeit um ein Drittel und mehr verkürzt worden. Auch mußten bereits Arbeiterentlassungen stattfinden. Die noch zufriedenstellend beschäftigte Sanitätssteingutindustrie klagt über den Rückgang der Auslandsaufträge und Preise infolge der Unterbietung durch die böhmischen Fabriken.“

Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß in einer Aktionärversammlung der „Ältesten Volkstedter Porzellanfabrik“ die Verwaltung sich über die geschäftliche Lage in zuversichtlicher Weise äußerte. Die außerordentlich hohen Erfolge, die auf der Mannheimer Ausstellung in künstlerischer Beziehung erreicht wurden, lassen erwarten, daß in absehbarer Zeit sich auch die materiellen Erfolge einstellen werden. Jedenfalls sei das erste Halbjahr in jeder Beziehung sehr zufriedenstellend gewesen.

Die Arbeitslosenzählung pro Mai ergab, daß von 60 123 Mitgliedern unseres Verbandes, über die berichtet wurde, 2422 (1266 männliche, 1156 weibliche) oder 4 v. H. arbeitslos waren.

## Gewerkschaftliches.

**Fritz Schrader †.** Der Genosse Fritz Schrader, seit 31 Jahren Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer, ist am 15. Juli im Alter von 64 Jahren in Hamburg gestorben. Sch. gehörte mit zu jenen, die am Aufbau der heutigen Arbeiterbewegung an erster Stelle hervorragenden Anteil genommen. Bei Gründung der örtlichen Organisation der Zimmerer, noch unter dem Sozialistengesetz im Jahre 1883, wurde Schrader deren Vorsitzender. Im Mai 1890 wurde er zum 1. Vorsitzenden des Zentralverbandes und seitdem auf allen Verbandstagen immer wiedergewählt. Von 1892—1896 gehörte Sch. auch der Generalkommission an, die damals in Hamburg ihren Sitz hatte. Als Mitglied der Hamburger Bürgerchaft hat Sch. sich auch politisch betätigt. Auch war er Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Sein Andenken wird nicht nur in den Kreisen seiner engeren Berufsgenossen, sondern in der gesamten deutschen Arbeiterschaft weiterleben.

**Reichsmanteltarif im Holzgewerbe.** Nach sechsmonatigen Verhandlungen ist ein Reichsmanteltarif für das Holzgewerbe zustande gekommen. Die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung desselben steht auf beiden Seiten noch aus. Sofern der Manteltarif in Kraft getreten ist, werden die Lohnsätze durch Landestarif geregelt.

## Vermischtes.

**Produktive Erwerbslosenfürsorge.** Der Reichstag beschloß am 2. Juni: „Die langfristig Erwerbslosen sind bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders zu berücksichtigen. Insbesondere wird der Zuzug, der für die Beschäftigung von Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt wird, bei langfristig Erwerbslosen höher zu bemessen sein, als bei anderen Erwerbslosen.“ Zur Ausführung dieser Entschliebung sagt der Reichsarbeitsminister im Rundschreiben vom 8. Juni (III. C. 6719/21) unter anderem: „Es entspricht durchaus den Absichten der produktiven Erwerbslosenfürsorge, daß sie vor allem den langfristig Erwerbslosen zugute kommt, die von den wirtschaftlichen und sittlichen Schäden der Erwerbslosigkeit am schwersten getroffen werden. Zugleich werden um dieser Schäden willen in der Regel die langfristig Erwerbslosen — es ist hier an Erwerbslose zu denken, die 26 Wochen und mehr unterstützt werden — minder leistungsfähig sein als andere Erwerbslose, so daß ihre Verwendung das Verhältnis zwischen den aufgewendeten Kosten und dem Arbeitsergebnis ungünstig gestaltet. Dieser Tatsache soll durch einen höheren Förderungsbetrag Rechnung getragen werden. — Die bevorzugte Beschäftigung langfristig Erwerbsloser ist des weiteren aber auch sozialpolitisch so bedeutsam, daß die Ansprüche an den wirtschaftlichen Wert der einzelnen Maßnahmen einigermaßen einge-

schränkt werden können. Man wird also in Gegenden mit besonders hoher und langandauernder Erwerbslosigkeit Maßnahmen, die gerade den langfristig Erwerbslosen zugute kommen, auch dann fördern können, wenn sie von geringerem produktiven Wert sind."

**Warnung.** In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß sich auf Partei- und Gewerkschaftsbureaus sowie bei Genossen in Kommunalverwaltungen Personen einfanden und das Ansinnen stellten, ihnen aus Partei- oder Gewerkschaftsmitteln ein Darlehen zu gewähren. Als Grund geben sie an, ihnen sei ein Reiseunfall zugestoßen, wobei sie Fahrkarte und Geld verloren hätten. Sie berufen sich dabei auf den Genossen B. Thöne, Gewerkschaftssekretär in Bochum, Kaiserstr. 22, Gewerkschaftshaus. Unter anderem ist es ihnen gelungen, die Klasse des Ortsausschusses in einer größeren Stadt auf diese Weise um einen Betrag zu erleichtern. Genosse Thöne ersucht uns dringend, davor zu warnen, diesen Personen etwas auf seinen Namen zu borgen.

**Ferienaufenthalt** Für in der Arbeiterbewegung tätige Angestellte empfehlen wir als Ferienaufenthalt unser Bad Centnerbrunn im Culengebirge, direkt an der Haltestelle gelegen. Das Bad wurde am 15. April 1921 von der organisierten Arbeiterschaft unseres Kreises erworben. Das Kurhaus hat schön möblierte Fremdenzimmer, schattigen Garten und Park. Vorzügliche Speisen und Getränke bei mäßigen Preisen. Für Touren ins Heuscheuer- und Culengebirge günstig gelegen. Percin Volkshaus für Neurode und Umgegend, Geschäftsstelle: Neurode i. Schl., Schuhmacherstr. 5.

## Versammlungsberichte.

**San Chüringen, Bezirk Ostthüringen.** Am Sonntag, den 17. Juli 1921, tagte im Gewerkschaftshaus zu Jena eine Konferenz der Zahlstellen Ostthüringens. Eingeladen waren 15 Zahlstellen, nicht vertreten waren: Eisenach, Hermsdorf und Meuselwitz, was allgemein bedauert wurde.

Auf der Tagesordnung stand:

1. Stellungnahme zum ablaufenden Manteltarif und zum Lohnabkommen.
2. Stellungnahme zu den 10 Punkten des A. D. G.-B.
3. Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird bemängelt, daß die Einberufung der Konferenz nicht durch die Feinerzeit als geschäftsführende Zahlstelle bestimmte Zahlstelle Hermsdorf, sondern von anderer Seite erfolgt und dies wahrscheinlich die Ursache sei, weshalb gerade die drei genannten Zahlstellen, insbesondere Hermsdorf, fehlten. Nach Erklärungen des Kollegen Stang-Freienorla wird in die Tagesordnung eingetreten und zunächst der Rahmentarif einer eingehenden Aussprache unterzogen. Zum § 1 wird nach ausgiebigem Für und Wider beschlossen, es bei dem jetzigen Wortlaut zu belassen.

Zum § 2 stellt sich die Konferenz auf den Standpunkt der Rudolstädter Konferenz und erklärt, daß mehr als zwei Ortsklassen keine Existenzberechtigung in unserem Tarif haben. Die Indexziffern des Reichsstatistischen Bureaus haben schon längst bewiesen und beweisen aufs neue, daß Orte auf Grund ihrer Teuerungsverhältnisse ganz zu Unrecht in eine bedeutend tiefere Lohnklasse eingereiht sind. Unter keinen Umständen sind die Differenzen in der Preisbildung so unterschiedlich, daß dadurch eine so vielfache Abstufung in Lohnklassen, wie sie unser Tarif bisher aufwies, gerechtfertigt werden könnte, weshalb eine Einteilung in höchstens zwei Lohnklassen gefordert wird.

Zum § 3 wird von den Anwesenden betont, daß dieser Paragraph sehr viel Gutes für uns hat, nur müßten die Kollegen draußen die Bestimmungen genau beachten und auf deren strikte Durchführung drängen. Die Arbeitszeit betreffend, wird der seitens der „Vereinigten Arbeitgeberverbände“ bekundete Wille auf Wiederbeseitigung der achtstündigen Normalarbeitszeit gebührend gewürdigt und, obgleich das Festhalten an dieser Arbeitszeit eigentlich als eine gewerkschaftliche Selbstverständlichkeit bezeichnet wird, folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Konferenz lehnt grundsätzlich jede, auch nur geringe Arbeitszeiterhöhung ab und fordert alle Zahlstellen auf, jeden Versuch, die Arbeitszeit wieder zu verlängern, von welcher Seite er immer kommen sollte, mit aller Energie und unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel abzuwehren; insbesondere erwartet die Konferenz von den Teilnehmern aus den Zahlstellen an den kommenden Tarifverhandlungen, daß sie dieser Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit widmen und etwaigen diesbezüglichen Bestrebungen der Unternehmer nachdrücklich begegnen.“ — Bezüglich der Einteilung nach Altersklassen ist die Konferenz der einmütigen Auffassung, daß die Klasse von 20 bis 24 Jahren unbedingt in Wegfall kommen muß. Dem § 26 soll als weiterer Satz angefügt werden: „Arbeiter und Arbeiterinnen sind auf Verlangen des Betriebsrates und mit ihrer Zustimmung in Teilzahl zu beschäftigen, wenn sie das 45. Lebensjahr zurückgelegt haben. Solchen Arbeitern und Arbeiterinnen steht Bezahlung nach der Akkordbasis zu.“

Im § 29 sollen hinter dem Wort „wird“ eingeschoben werden: „so ist er für die Dauer von längstens einem Vierteljahr nach seinem usw.“ „Betriebliehen Kündigung“ und „längstens für die Frist von zwei Wochen“ sind zu streichen.

Wert wird gelegt auf die genaue Beachtung und Durchführung der Bestimmungen im § 30.

Zum § 40, Urlaub, wird in ausführlicher Aussprache zum Ausdruck gebracht, daß der Krankenurlaub von 4 Tagen als völlig unzureichend bezeichnet werden muß. Der Urlaub darf nicht ausschließlich als eine Prämie für langjährige Beschäftigung bei ein und demselben Unternehmer bewertet werden, sondern vielmehr als ein Mittel, um die im Dienste des Kapitals stark erschlaffte Gesundheit der Arbeiter wieder etwas zu stärken und neue Kräfte zu sammeln für die weitere Tätigkeit. Der Urlaub muß nicht von der gesundheitslichen Seite betrachtet und bewertet werden, und es ist ein Urlaub von 4 Tagen unzureichend. Wenn die Ferien nicht als Prämie angesehen werden, dann kann die Schlussfolgerung nur die sein, daß der Urlaub nicht nach der Beschäftigungsdauer

in einem Betriebe, sondern nach einer solchen im Berufe zu bemessen ist. 6 Tage als Mindesturlaub nach zurückgelegtem ersten Beschäftigungsjahr bis zu zwei Arbeitsjahren als vorläufige Höchstforderung ist das Ergebnis der Aussprache. Begründend wurde ausgeführt, daß die Beamten im Reich, in den Staaten und in den Gemeinden, und wohl auch der größte Teil der Privatbeamten einen viel längeren Urlaub genießen als die Arbeiter, obgleich die Arbeiter eine viel größere Menge körperlicher Kräfte aufzuwenden haben als die Beamten. Bei letzteren beträgt der Mindesturlaub schon nach Ableistung des ersten Dienstjahres 14 Tage, steigend bis zur Dauer von 4 Wochen. Bei Direktoren und sonstigen Privat- und Reichs- usw. Beamten in gehobener Stellung dürfte ein Urlaub von 4 Wochen die Regel sein, während die Unternehmer sich ihre Zeit selber bemessen, innerhalb derer sie sich zu erholen gedenken von den Strapazen — die „ihre“ Arbeiter durchzumachen hatten.

Zum Lohnabkommen ist man sich einig, daß die derzeitigen Löhne als absolut ungenügend zu bezeichnen sind und daß die Verhältnisse auf lange hinaus sich nicht bessern, sondern stark verschlechtern werden. (Brotpreiserhöhung, Steuerbelastung usw.) Ueber die zu stellende Forderung auf Aufbesserung der Löhne ist die Konferenz der Meinung, daß sich gegenwärtig nicht übersehen läßt, wie sich die Verhältnisse in bezug auf Preisbildung gestalten werden bis zum Ablauf des Tarifs, und daß es aus diesem Grunde geboten erscheint, die Festsetzung der Höhe der Forderung auszusetzen. Die anwesenden Vertreter erhalten den Auftrag, das über das Lohnabkommen Gesprochene in ihren Zahlstellen zur Aussprache zu stellen und soll dann zu geeigneter Zeit eine weitere Konferenz event. eine solche für ganz Thüringen endgültig Stellung nehmen zum Lohnabkommen.

Damit war die Aussprache über den Punkt 1 der Tagesordnung erschöpft. Im Anschluß wird über die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage an Werktagen gesprochen. Die Rudolstädter Forderung wird wieder aufgegriffen und beschlossen, dem Hauptvorstand diese Forderung zu stellen und diesen zu ersuchen, die Forderung auf Bezahlung der gesetzlichen Feiertage an den Werktagen bei dem Vorstand des A. D. G.-B. als eine Forderung der gesamten Arbeiterschaft zu stellen und diesen zu beauftragen, bei der Reichsregierung und bei dem Reichstag Schritte zu unternehmen, die auf Verwirklichung dieser Forderung hinführen.

Der vorgeriichten Zeit halber mußte von der Besprechung der 10 Punkte des A. D. G.-B. Abstand genommen werden. Diese Angelegenheit soll Gegenstand der Tagesordnung der nächsten Konferenz sein, welche zu gegebener Zeit in Kahla stattfinden und von dem Kollegen Gustav Meinhardt-Kahla einberufen werden soll.

J. A.: Gustav Meinhardt, Kahla.

**Kahla.** Die am Mittwoch, den 13. Juli, stattgefundene Zahlstellenversammlung war mittelmäßig besucht, eine Erscheinung, die bei den Versammlungen während der Sommermonate schon immer beobachtet werden konnte, die uns aber unverständlich erscheint, da doch in den Versammlungen im Sommer die gleichen Fragen wie im Winter behandelt bezw. die gemeinsamen Interessen der Kollegenschaft ebenso vertreten werden, Kolleginnen und Kollegen allerorts! Der Verband ist nach dem Kriegsende sprunghaft in die Breite gegangen. Mit dieser Ausdehnung hat aber nicht Schritt gehalten die Ausdehnung in die Tiefe; ein erhebliches Defizit an dem notwendigen Wissen für einen Gewerkschafter, der ein Kämpfer sein soll, der nicht bei den ersten Vorpostenplänkeleien die Flinte wegwirft, sondern den Kampf mit durchkämpft bis zur endgültigen Entscheidung, ist festzustellen. Dieses Manko kann nur ausgeglichen werden, wenn die Kolleginnen und Kollegen restlos aus ihrer Gleichgültigkeit heraustreten, in die Versammlungen gehen und sich dort Aufklärung und Wissen, die geistigen Rüstzeuge im Kampfe um ein besseres Dasein holen. „Für dem gehört die Freiheit und das Leben, der täglich sie im Kampf erobern muß!“

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der beiden verstorbenen Mitglieder Franziska Brauer, Fertigmacherin, und Franz Lange, Dreher, in der herkömmlichen Weise. Zwei dem Verbandsvorsitzenden, Genossen Wollmann, zugeordnete Vasen als nachträgliche Ehrengabe anlässlich seines 25jährigen Jubiläums waren in der Versammlung ausgestellt und erregten diese die allgemeine Bewunderung. Es wurde dem Kollegen Julius Lange, welcher die Ausführung übernommen hatte, für seine künstlerische Leistung ungeteilte Anerkennung, die hierdurch noch besonders zum Ausdruck gebracht werden soll, zuteil.

Den Geschäftsbericht über das 2. Quartal erstattet der Geschäftsführer, Genosse Meinhardt. Einleitend bemerkt er, daß er mit diesem Bericht erstmalig seine Tätigkeit als Geschäftsführer zur öffentlichen Kritik stelle und erwartet, daß ihn die Mitglieder auf etwaige Fehler aufmerksam machen und ihm neue Wege zum Ziele weisen und Anregungen geben. Nur so, wenn sich Geschäftsleitung und Mitglieder gegenseitig ergänzen, wird es vorwärtsgehen. Und daß der richtige Kontakt immer hergestellt bleiben möge, ist der aufrichtige Wunsch des Geschäftsführers. Aus dem Bericht ist hervorzuheben: Die Einnahmen betragen für die Verbandskasse 53 042,43 Mk.; dem stehen an Ausgaben gegenüber über 52 390,55 Mk., was einen Bestand von 651,88 Mk. ergab. Für den Lokalfonds wurden eingenommen 28 731,04 Mk. und ausgegeben 12 059,00 Mk., so daß ein Bestand von 16 671,14 Mk. zu verzeichnen war. Der örtliche Unterstützungsfonds schließt in Einnahme und Ausgabe mit 30 Mk. ab und weist einen Vermögensbestand von 161,95 Mk. auf. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle weist gegenüber dem Bestande des vorigen Quartals einen Zugang von 49 auf und beträgt am Quartalschluß 1480 (1036 männliche und 474 weibliche). Erwerbslos waren im Berichtsjahr 156 Mitglieder 2840 Tage, was einen Aufwand von 15 752 Mk. verursachte. Während die männlichen erwerbslosen Mitglieder im Durchschnitt für 15 Tage Unterstützung erhielten, wurden die weiblichen Erwerbslosen im Durchschnitt 22 Tage unterstützt. Von den männlichen Mitgliedern waren 93 Proz. erwerbslos und von den weiblichen Mitgliedern 13,9 Proz. Auf den Kopf der männlichen erwerbslosen Mitglieder entfallen im Durchschnitt 81,83 Mk. Unterstützung und auf den Kopf der weiblichen Erwerbslosen entfallen im Durchschnitt 96,70 Mk. Aus dieser Aufstellung geht klar hervor, daß die weiblichen Mitglieder die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes mehr in Anspruch nehmen als die männlichen. Der Bericht wurde mit Beifall zur Kenntnis genommen. Der Geschäftsführer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig entlastet.

Der Bericht über die letzte Sitzung des Ortsausschusses des A. D. G.-B. erstattet Genosse Christian Koch. Stellungnahme zu den Wahlen

des Ausschusses und des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Errichtung einer zweiten Apotheke am Orte, Besprechung gewerkschaftlicher Fragen, Musiker und Eisenbahner betreffend, sowie Beschlussfassung über das Programm zum Gewerkschaftsfest, welches am 24. Juli stattfinden soll, waren Gegenstände der Tagesordnung dieser Sitzung. Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen. Anschließend berichtet Genosse Meinhardt über eine am 19. Juni in Greiz stattgefundene Konferenz der Ortsauschüsse Westsachsens und Ostthüringens, welche vom Ortsausschuss Greiz einberufen war. Die Ursache der Tagung resultierte aus dem Umstande, daß im westsächsischen und im vogtländischen Industriegebiete eine außerordentlich ausgedehnte Arbeitslosigkeit vorhanden ist und standen auch nur ausschließlich Referate über das große Problem der Behebung, wenigstens der Vinderung der Erwerbslosennot, auf der Tagesordnung. Der Vorstand des A. O. S.-V. war vertreten durch den Genossen Knoll; ferner waren Vertreter der Gebietsregierungen von Reuß anwesend; die „Arbeitslosenräte“ von Sachsen und Thüringen waren ebenfalls vertreten. Das einleitende Referat hielt Genosse Knoll über: „Die Tätigkeit des Bundesvorstandes bezüglich der Erwerbslosenfrage“. Ihm folgte als Referent Dr. Dräger-Greiz, der über: „Produktive Erwerbslosenfürsorge“ sprach. Das dritte Referat hielt der Betriebsratsvorsitzende, Genosse Rabold-Langenberg, über: „Was können die Betriebsräte für die Vinderung der Erwerbslosennot tun?“ Genosse Meinhardt berichtet in ausführlichen Darlegungen über die Verhandlungen und gipfelt seine Ausführungen in der Auffassung, daß die Erwerbslosenfrage nicht nur eine Frage der Erwerbslosen allein sei, sondern daß diese Frage eine Angelegenheit sei, die die gesamte Arbeiterschaft tiefinnerst berührt, und muß deshalb auch die gesamte Arbeiterschaft an der Lösung dieser schwierigen Frage ungeteilten Anteil nehmen, was von der Versammlung durch Beifall unterstrichen wird. An den Bericht schließt sich eine lebhafte Aussprache, die sehr sachlich geführt wird. Insbesondere ist es Kollege Bögner, welcher den Bericht einer sachlichen Kritik unterzieht. Und wenn er auch in einzelnen Punkten abweicht von der Auffassung des Genossen Meinhardt, wie am besten und sichersten die Arbeitslosennot zu mildern und schließlich ganz zu beheben ist, so klingt doch als Grundton aus seinen Ausführungen heraus, daß die Bundesleitung sich Mühe gegeben hat, der Not nach besten Kräften zu steuern. Die Aussprache über den Bericht und letzterer selber wären wert gewesen, daß der Saal von Versammlungsbesuchern überfüllt gewesen wäre. Genosse Meinhardt erwähnt im Schlusswort noch besonders zur Einigkeit, wenigstens innerhalb der Gewerkschaften. In diesen darf es nichts Trennendes geben; Andersdenkende müssen als Fremdkörper betrachtet und als solche behandelt werden. August Bebel's Worte haben heute mehr denn je Geltung, nämlich: „Die Gewerkschaften müssen die Basis sein, auf der sich die Arbeiter ohne Ausnahme zusammenschließen“.

Die Besprechung von Mißständen im Lehrlingsverhältnis und die Forderung nach ausgedehntem Schutz der Lehrlinge und Jugendlichen durch entsprechende Reichsgesetze sind Gegenstände breiterer Aussprache. Den Schluß der Versammlung bildete der Beschluß, daß jedes Verbandsmitglied verpflichtet wird, einen Beitrag von einer Mark zum Gewerkschaftsfest zu zahlen, und die Mitteilung, daß alle Arbeiterversammlungen und Sitzungen nunmehr in dem eigenen Heim der Arbeiter, im „Kosengarten“, abgehalten werden.

**Nachschrift.** In der Zahlstellerversammlung vom 15. Juni 1921 wurden der Reichstarif und das Lohnabkommen eingehend besprochen und Stellung genommen zu den in Aussicht stehenden Verhandlungen. Umstande halber ist ein Bericht über diese Versammlung unterblieben. Wir bringen nachstehend noch nachträglich die Entschliebung, die als Ergebnis der Aussprache über die obengenannten Tagesordnungspunkte anzusehen ist, zur öffentlichen Kenntnis mit dem Ersuchen, in allen Zahlstellen zu dieser Entschliebung Stellung zu nehmen.

#### Entschliebung:

Die am 15. Juni 1921 stattgefundene Versammlung der Zahlstelle Kahla nimmt durch Aussprache Stellung zu den kommenden Tarifverhandlungen. Sie erhebt den energischsten Protest gegen den seitens der verschiedensten Unternehmer bekundeten Willen, der als Ausfluß des Willens des gesamten Unternehmertums gedeutet werden kann, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zu kürzen und die Arbeitszeit wieder zu verlängern. Die Zahlstelle Kahla ist der Auffassung, daß die zuletzt gezahlten Löhne und Gehälter entgegen den fortwährenden Behauptungen von Unternehmenseite die Betriebe nicht nur nicht „erschüttern“ und die Industrie nicht „lahmlegen“, sondern daß die Betriebe trotz der angeblich ruinösen Löhne und Gehälter lieberschüsse ergeben, deren Höhe in krassem Widerspruch steht zu den Entlohnungen der Arbeitnehmer, Ueberschüsse, die enorm hohe Verdienste für die privaten Unternehmer und ebensolche Gehälter und Dividenden für die Betriebsleiter, Aktionäre und Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften und dazu noch reichliche Abschreibungen und Rücklagen ermöglichen, welche letztere die Betriebe ausnahmslos auf eine außerordentlich gesunde finanzielle Basis stellen und die Produktion erweitert und verbessert werden konnte.

Eine Lohnkürzung würde bei der allgemeinen Unsicherheit und den großen Schwankungen in der Preisbildung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel für das tägliche Leben, insbesondere in Erwartung der Preissteigerung für Brot und sonstige unbedingt notwendige Lebensmittel und unter Berücksichtigung der kommenden steuerlichen Mehrbelastung der Arbeiter und Angestellten doppelt schwer treffen und das bestehende Elend unheimlich vergrößern.

Einer Wiederverlängerung der Arbeitszeit setzt die Zahlstelle Kahla den härtesten Widerstand entgegen, weil sie sich die seit Jahrzehnten geforderte und endlich erreichte achttündige Arbeitszeit nicht nur nicht wieder nehmen lassen will, sondern weil sie auch in einer Wiederverlängerung eine schwere gesundheitliche Gefahr erblickt, unter der insbesondere die Arbeiter zu leiden haben werden. Der gesundheitliche Zustand der Arbeiterschaft hat infolge der hochgradigen Unterernährung und infolge der schweren Kriegseiden einen Tiefstand erreicht, der durch nichts mehr zu heilen ist, und würden die Arbeiter durch lange Arbeitszeit geistig und körperlich völlig zusammenbrechen. Die Zahlstelle Kahla erwartet von den Teilnehmern der Zahlstellen an den kommenden Tarifverhandlungen, daß sie in Würdigung der angeführten Gründe mit aller Schärfe gegen die Absichten der Unternehmer ankämpfen. Die Zahlstelle Kahla erklärt, daß sie sich einmütig hinter die Verhandlungsteilnehmer stellt und daß sie wünscht, die Konsequenzen einer etwaigen tariflosen Zeit die kommen

müßte, falls die Unternehmer auf der Durchsetzung ihrer Absichten bestanden würden, zu tragen gewillt ist.

**Potschappel.** Am 30. Juni fand eine Versammlung unserer Zahlstelle statt, zu welcher sich 94 Mitglieder eingefunden hatten. Aus dem Bericht des Arbeiterrates über seine Sitzung vom 24. Juni ist zu entnehmen, daß derselbe den Schiedsspruch des Gauschiedsamtes, betreffs Auslegung über Luxus- oder gemischten Betrieb, anerkannt hat. Die Auswirkung der Kurzarbeit bei den Malerkollegen, die wiederholt der Firma geschuldet und von derselben alles Mögliche zur besseren Wendung versprochen wurde, bildet auch fernerhin ein dunkles Kapitel in der Arbeitersache. Billiger arbeiten, das ist auch hier das Schlagwort der Unternehmer, trotz den Gegenbeweisen der Arbeitnehmer wurde die Konkurrenzfähigkeit entgegengehalten. Gegen eine Andeutung der Firma, daß eine Möglichkeit besserer Produktion durch übermäßige Preisforderung in der Gestaltungsbranche illusorisch gemacht würde, wurde energisch Verwahrung eingelegt. Trotzdem am Orte nur Kollegen in langjähriger Tätigkeit arbeiten und eine bessere Ausnutzung der Arbeitskraft bei derzeitiger Technik unmöglich ist, ja, daß bei weiterer intensiver Arbeit die Kraft der älteren Kollegen bald erlahmen wird, soll noch zu wenig Ware für den erzielten Lohn fabriziert werden. Veraltete und unpraktische Einrichtungen sollen alle auf Konto der Arbeiter fallen, um nur konkurrenzfähig zu bleiben. — Der Diskussion konnte entnommen werden, daß auch aller Möglichkeit eine Grenze gezogen ist. Die Annahme des Schiedspruches wurde von der Versammlung gutgeheißen, obwohl berechtigte Kritik geübt wurde, da nach der Entscheidung unser Betrieb als gemischter Betrieb zu gelten hat und es nur der verspäteten Eingabe beim Gauschiedsamte zu verdanken ist, daß die tarifmäßige, rückwirkende Lohnverrechnung nur vom 1. April 1921, und nicht seit dem 1. Oktober 1920 erfolgt. Die Verwaltung der Zahlstelle hatte mit dem Lokalbeamten der Dresdener Zahlstelle in einer Unterredung erklärt, daß gleichzeitig mit den Dresdener Malereien auch für unseren Betrieb die Eingabe an das Gauschiedsamte erfolgen sollte, was aber unterlassen wurde, so daß der Zeitpunkt zur Beschwerde verstrichen war. Hierbei kamen auch Sachen zur Sprache, wodurch ein Zusammenschluß der Zahlstelle Potschappel mit Dresden nicht gefördert wird. In Angelegenheiten unserer Zahlstelle wird bei Umgehung deren Verwaltung, von Seiten des Dresdener Lokalbeamten, ohne Recht eingegriffen, wogegen die Mitglieder Verwahrung einlegten. Hierauf wird das Protokoll der Konferenz vom 22. Mai im Dresdener Volkshaus vorgelesen. Eine ergiebige Debatte setzte auch danach ein, und die Aussprache ergab eine abweisende Haltung gegenüber der vorgelegten Schlichtungsordnung. — Gegen die Verzögerung der Mitgliederversammlungen wird aus der Mitte der Versammlung Einspruch erhoben und auf den bereits gefassten Beschluß verwiesen, wonach allmonatlich eine Mitgliederversammlung stattfinden hat. — Der Bericht des Kartelldelegierten sowie ein Bericht über eine Sitzung der Betriebsfunktionäre mit den Arbeitslosen ließen eine eingehende Diskussion infolge vorgeschrittener Zeit nicht mehr zu. Eine begonnene Aussprache über Mitbestimmung der Mitglieder bei Tarifabschlüssen wurde abgebrochen und als erster Punkt zur Tagesordnung der nächsten Versammlung gestellt. Gleichzeitig soll das Verhalten eines Kontraktanten des Betriebes, der Arbeiterschaft gegenüber, kritisiert und eventuelle Maßnahmen zur Aenderung beschlossen werden.

#### Literarisches.

**Die Fortführung der Kätegesetzgebung (Bezirkswirtschaftsräte)** Von S. Aufhäuser, M. d. R.; Referat gehalten auf dem 2. ordentlichen Bundestag der technischen Angestellten und Beamten.

Von der „Neuen Zeit“ ist neben das 14. Heft vom 2. Band des 39. Jahrgangs erschienen. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 1,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Der Kundenkönig“. Eine buchdruckerliche Handwerksburleske- und Gesellengeschichte. Von Moritz Blankenhorn, Altenburg. Illustriert von Georg Kretschmar, Leipzig. Preis 1,50 Mk. Verlag des Bundesverbandes der Deutschen Buchdrucker, S. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8. Ultimatum! Von Otto Wels. Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68. Preis 1,— Mk.

Stinnes und seine 600 000 Arbeiter. Von Kurt Heineg. Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68. Preis 2,50 Mk.

Die Abtreibung der Leibesfrucht, von Prof. A. Grotjahn und Prof. G. Radbruch. Preis 2,— Mk. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

#### Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte aus Freiberg i. S., Magdeburg, Reuthaldensleben, Selb und Spanda mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

#### Storbekriefe.

**Annaburg.** Frida Grube, Malerin, geboren am 20. Juni 1899, gestorben am 13. Juli an Kehlkopftuberkulose. Mitglied seit 1918.

**Farge.** Berta Wolkeas, Pagarbeiterin, geboren am 23. November 1896, gestorben am 15. Juli an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1920.

**Schnee.** Konrad Metzner, Maler, geboren am 16. April 1887, gestorben — durch Unfall beim Radfahren — am 10. Juli. Mitglied seit 1905.

**Waldenburg.** Elfriede Pöfler, Formerin, geboren am 13. April 1901 zu Schneiditz, gestorben am 26. Juni an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

— Johanna Kraus, Packer, geboren am 4. August 1871 zu Großpaup, gestorben am 16. Juli an Gehirnerschütterung. Mitglied seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

## Zur Beachtung für die Kassierer!

Die (graue) Zählkarte für die Arbeitslosenzählung pro Juli ist am Sonnabend, den 30. Juli, auszufertigen und spätestens bis zum 3. August an das Verbandsbureau einzusenden.  
Das Verbandsbureau.

## Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin - Charlottenburg. Schildermaler! Außerordentliche Branchenversammlung am Freitag, den 29. Juli, nachm. 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Ilmenau. Dienstag, den 2. August, nachm. 1/5 Uhr, in der „Rosenau“.

Magdeburg. Donnerstag, den 4. August, abends pünktlich 7 Uhr, im „Wintergarten“ Friedrichsplatz.

Schleusingen. Montag, den 1. August, nachm. 5 Uhr, im „Schießhaus“.

Eisenfurt. Sonnabend, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei.

## Adressen-Änderungen.

Althaldensleben. Schriftführer: Johann Kaanen, Brunnenstr. 7. Mainleus a. Main b. Kulmbach (Oberstk.). Vorsitzender: Karl Weichler, Dreher, Haus Nr. 71.

Mengersgerenth b. Sonneberg i. Thürg. Schriftführer: Albin Beyer, Br. Schichtshöhn b. Sonneberg.

## Quittung.

Für die kranken und invaliden Mitglieder Reinhardt, Schneider und Rämner gingen nachträglich noch ein von der Zahlstelle Plau 40,— Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Den Gebern besten Dank.

Die Verwaltung der Zahlstelle Ilmenau und Umgeb. J. A.: Max Brehme.

Waldenburg und Umgegend. Sonntag, den 31. Juli, findet ein gemeinsamer Familien-Ausflug mit Gartenfest statt. — Abmarsch 1 Uhr nach dem Gasthof „Zum Sinkbrunnen“ in Neu-Salzbrunn. Für abwechslungsreiche Unterhaltung ist bestens gesorgt. Näheres durch Zirkulare. Um rege Beteiligung ersucht Das Komitee.

## Arbeitsmarkt.

2 tüchtige Schablonierer für Unterglasurmalerei von Steingutfabrik gesucht. Angebote unt. „E. 8“ an die Red. d. „Ameise“.

Lebiger Porzellanmaler, firm in Dekor, Rand, Band, Stempel, Stoffage und leichter Handmalerei, sucht baldmöglichst Stellung. Suchender ist auch gewillt, in einen anderen Artikel sich einzuarbeiten. Offerten unter „P. I“ an die Red. der „Ameise“ erbeten.

## Einige perfekte Geislerinnen

sucht E. & C. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau, N.-L.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einige Dreher, welche im Drehen von Hochspannungsisolatoren durchaus bewandert sind. Offerten mit Angabe über bisherige Tätigkeit und Zeugnisabschriften sind zu richten an Porzellanfabrik Teltow, G. m. b. H., Teltow bei Berlin.

Formgießer, der auch aushilfsweise als Dreher arbeiten kann, von einer Steingutfabrik in Oesterreich gesucht. Für einen Verheirateten ist ev. Fabrikwohnung vorhanden.

Angebote unter E. 14 an die Redaktion der „Ameise“.

Blumaler zum sofortigen Eintritt für dauernde Beschäftigung gesucht. Lange & Wegner, Porzellanfabrik, Reichenbach (S.-A.).

Mehrere tüchtige Porzellandreher, an sauberes Arbeiten gewöhnt, möglichst ledig, stellen sofort ein  
Keram.-Werte E. & C. Carstens, Georgenthal i. Thürg.

Junger, tüchtiger Aufträger für Emailzifferblätter bei hohem Lohn sofort gesucht. Meldungen an Oswald Bengesser, Schramberg i. Württbg., Falkensteinstraße.

Einige Maler für Rand-, Stempel- und Staffagearbeit gesucht. Dauernde Stellung. Unverheiratete bevorzugt wegen Wohnungsmangel.  
E. & C. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau (N.-L.).

Brenner, der selbständig brennen kann, wird zum sofortigen Eintritt für dauernde Beschäftigung gesucht.  
Lange & Wegner, Porzellanfabrik, Reichenbach (S.-A.).

Ein tüchtiger Formgießer, der im Einrichten von Modellen bewandert ist, wird gesucht.  
H. Schomburg & Sohn, A.-G., Porzellanfabrik, Köslan (Anhalt).

## Qualitätsfabrik hat:

1. Zylinder für 2 1/2 cm - Zeller.

2. Zylinder für Habel.

Sehl. Offerte an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter A. R. 6.

Einige tüchtige Dreher für unsere Isolatorendreherei werden gesucht.  
H. Schomburg & Sohn, A.-G., Porzellanfabrik Köslan (Anhalt).

Tüchtiger Maler als Musterwerker in Dauerstellung für  
Ang. Hübner, Nachf., Gräfenroda i. Thür.

Ein Glas- oder für Blumenkerze (gebrauchte Artikel), sowie ein Porzellanmaler für Blumendekore zum sofortigen Eintritt gesucht.  
Sehl. Angebote an die Redaktion der „Ameise“ unter A. R. 10.

Bekannter Porzellanmaler, in jeder Arbeit firm sucht Stellung.

Sehl. Angebote an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter M. 34.

## Zeller- und Großgeschirrdreher

welche im Drehen von erstkl. Tafelgeschirr durchaus bewandert sind, werden von einer der ersten Qualitätsgeschirrfabriken eingestellt.

Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit unter N. 3 an die Redaktion der „Ameise“.

## Formgießer

der sich auch auf leichtere Einrichtungen versteht, gesucht. Angebote unter N. 4 an die Geschäftsstelle der „Ameise“.

## Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf.

Poliergoldflaschen " " 10 " 25—50 "

je "nach" Inhalt. — Darum schickt "alles" zu

K. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

## Emil Bodme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Beste u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Broschüre.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen

Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

W. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

## Achtung!

## Achtung!

## Achtung!

Die billigsten Schuhe für Fabrikarbeiter sind nach wie vor Segeltuchschuhe mit Ledersohlen und Zwickeln.

Für Turner empfehle ich Turnschuh und Stiefel mit Chrom-

lederohle. Weiße Leinenschuhe für Damen und Kinder.

— Lederhauschuhe, Lederandalen, Tuch- und Holzpantoffel. —

Sämtliche Leder Schuhwaren zu Fabrikpreisen. — Verlangen Sie noch heute kostenlose Preisliste.

Karl Alene, Schuhverwand und Pantoffelfabrik, Weiskwasser, D.-L.

## Stauend billig

kaufen Sie Ihre Segeltuch-Spengenschuhe, Turnschuhe u. Pantoffeln in allen Größen b. Konrad Bügler, Schuhverwand, Zirkdorf b. Fürth i. Bay.

## Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf!

Elefantenhorn Vorrat erschöpft, neue Sendung wird erwartet. Offeriere hierdurch für Dreher große naturelle prima Zymocasschwämme das Stück zu 25, 32, 35, 40, 50 Mk.; Levantiner Glasurschwämme das Stück 11 und 20 Mk.; feine weiße prima Reesschwämme, Form, das Kilo, 100 bis 125 Stück enthaltend, 700 Mk.; für Brennerie und Druckerei mittlere, gepreßte flache Hardheadschwämme, das Kilo, 90 Stück enthaltend, 225 Mk.; große gepreßte prima Hardheadschwämme, das Kilo, 40 Stück enthaltend, 350 Mk.; echt griechische Pferdeschwämme, kleine, das Stück 5 Mk., große 20 Mk., für Steingut- und Tonwarenfabriken. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten. H. Michelson, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 42.

**Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art**

Gepr. 1896.  
Beste Bedienung.



Recht schnelle Bed.

Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage

Seifert, Zwickau, S., Osterweihstr. 32

## CHRISTOPH SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen.  
speziell für die keramische Industrie.  
Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17



Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck von E. Janiszewski, Berlin SW., Elisabeth-Platz 28.